

**SPERRFRIST 26.5.2021, 11:00 UHR**  
**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

Jan Birk:

Einlassung und Schlussplädoyer vor dem Amtsgericht Cochem am  
26.5.2021

## Vorstellung

Mein Name ist Jan Birk. Ich komme aus Schleswig-Holstein, geboren wurde ich in Oldenburg, was die deutsche Übersetzung des ursprünglichen slawischen Namens Starigard ist. Ich wohne und arbeite in Preetz, ein slawischer Name wie der von 300 weiteren Orten in Schleswig-Holstein. In Preetz gibt es eine königlich privilegierte Apotheke, die uns daran erinnert, das Schleswig-Holstein bis zur Besetzung durch Preußen 1867 dänisch war, der dänische König war übrigens ein Deutscher aus dem Geschlecht derer von Schaumburg-Lippe.

Ich bin in verschiedenen deutschen Bundesländern zur Schule gegangen, die letzten drei Jahre auf die Deutsche Schule Paris. Ich habe in Kiel Landwirtschaft studiert (de Universität ist eine dänische Gründung) und ein Auslandssemester in Japan verbracht. Nach dem Zivildienst in der Altenpflege habe ich einen zweijährigen Entwicklungsdienst in der Sahara (Niger) geleistet, nach zwei weiteren Stationen arbeite ich seit nunmehr über 30 Jahren im Umweltamt der Stadt Preetz. Ich war zwei mal verheiratet und habe fünf Kinder, von denen zwei noch studieren. Mein Nettoeinkommen beträgt € 3.000, von denen ich auch die Unterhaltsverpflichtungen für meine beiden Jüngsten bestreite. Ich habe gegenwärtig noch 17 Ehrenämter, vor allem in den Bereichen Gewerkschaft und Landwirtschaft. Außerdem bin ich Vorsitzender des Netzwerks Friedenssteuer. Mithin bin ich Träger des Aachener Friedenspreises und - als Bürger der Europäischen Union - des Friedensnobelpreises – letzteres haben Sie, Richter und Staatsanwalt, und ich gemeinsam.

Ich bin auch, wie ich Ihnen geschrieben habe, Sprecher der Arbeitnehmerschaft in der Kammerhauptversammlung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Ich bedanke mich sehr für die Verlegung auf den heutigen Termin, weil wir am 23.12. die Kammer in ihrer Existenz zu retten hatten.

Warum erzähle ich Ihnen das? Zum einen möchte ich Ihnen deutlich machen, welche Vita mich zu der Überzeugung gebracht hat, dass ein friedliches Zusammenleben der Völker möglich ist. Zum anderen möchte ich Ihnen deutlich machen, dass ich überzeugt bin, dass jeder Mensch - und so auch ich - eine persönliche Verantwortung für unser Gemeinwesen und für unsere Zukunft trägt. Und dass ich diese Verantwortung annehme.

## Einlassung

Meine MitstreiterInnen haben den Hintergrund bereits detailliert beschrieben, der uns bewogen hat, in den Fliegerhorst Büchel einzudringen, nämlich die Anwesenheit von 20 Atombomben. Dieser Hintergrund ist ein objektives Faktum, das Menschen aus der ganzen Republik, die sich untereinander nicht, zumindest deutlich überwiegend nicht, kannten, am 30. April 2019 nach Büchel geführt hat.

Interessant ist, dass zum Zeitpunkt unserer Aktion keine Bestätigung der Bundesregierung über die Anwesenheit von Atomwaffen in der Bundesrepublik vorlag. Das hat sich geändert, Frau Kramp-Karrenbauer hat in der Diskussion über die Beschaffung von Jagdflugzeugen für die Bundeswehr auf die Notwendigkeit hingewiesen, ausreichend Flugzeuge für den Transport von amerikanischen Atombomben zu beschaffen. Wie Sie wissen, hat das Herrn Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, bewogen, hierzu kritisch Stellung zu nehmen und diese Beschaffung in Frage zu stellen.

Ich will also, nachdem der Hintergrund ausreichend beschrieben ist, über mich sprechen. Wie komme ich hierher? Ich habe von der Anwesenheit amerikanischer Atombomben in Büchel gehört – Waffen, nach deren Benutzung nichts mehr übrig ist, was zu verteidigen wäre – , ich habe von der atomaren Teilhabe erfahren – in meinen Augen ein so klarer Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag, dass ich nach einem einschlägigen Schriftwechsel mit dem Bundesminister für Verteidigung noch immer fassungslos bin, dass man das ignorieren kann –, ich habe mitbekommen, dass sich Bekannte hier an einer Aktion beteiligen wollten, ich habe einen Bolzenschneider gekauft und bin nach Büchel gefahren. Meine Absicht war, **das Treiben der Bundeswehr so wirksam wie möglich zu stören**, wobei jedwede Aktion ausschied, die einem anderen Menschen körperlichen Schaden zufügen würde. Ich habe mich also durch drei Zäune gearbeitet, und wenn ich weiter gekommen wäre, ohne in eine körperliche Auseinandersetzung mit den mittlerweile anwesenden Soldaten zu geraten, wäre ich auf das Flugfeld gegangen, um den Flugbetrieb zu stören.

Sie haben mir – so verstehe ich es – mit einem Strafbefehl über € 900 ein Friedensangebot gemacht. Ich lese das so: „Zahlen Sie € 900 und wir vergessen die Sache.“ Ich habe das Angebot abgelehnt, weil meine Anstrengungen damit ins Leere gelaufen wären. Damit bin ich bei meiner zweiten Absicht: Ich will Ihnen und der Gesellschaft gegenüber **dokumentieren, dass ich den gesellschaftlichen Konsens** einer Befürwortung oder zumindest einer stillschweigenden Duldung atomarer Massenvernichtungsmittel für meine Person **aufkündige**. Nein, es ist nicht in Ordnung, dass unsere PolitikerInnen der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf deutschem Boden zustimmen. Es ist nicht in Ordnung, dass deutsche SoldatInnen, denen ich zugute halte, dass ihnen die Verteidigung ihres und meines Landes am Herzen liegt, die Anwendung von Waffen üben, die an einer anderen Stelle des Globus menschliches Leben für

viele Generationen unmöglich machen würden. Und es ist auch nicht in Ordnung, dass dieser Verstoß gegen Artikel 26 Grundgesetz – die Vorbereitung eines Angriffskrieges – und die Vorbereitung eines Verstoßes gegen Artikel 2 Grundgesetz – das jedem zustehende Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit – die Justiz offensichtlich weniger beunruhigt als das Eindringen einiger unbewaffneter FriedenskämpferInnen in diesen Hort des Unrechts. Dieser gesellschaftliche Konsens ist nebenbei bemerkt der wesentlich wichtigere Schutz des Fliegerhorstes als die halbherzige Einzäunung, die mit jedem stärker motorisierten Nutzfahrzeug mühelos zu überwinden wäre.

Womit ich bei meiner dritten Absicht wäre: Ich nenne es mal „**Bewusstseinsarbeit**“. Das Verschweigen der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr hat bis heute erstaunlich gut geklappt. Bis zu dem Zeitpunkt, als sich Frau Kramp-Karrenbauer verplappert hat und bekannt gemacht hat, dass die Bundeswehr Kampfflugzeuge braucht, die auch Atombomben transportieren können, gab es keine breit publizierte Bestätigung, dass die Bundeswehr in der Tat über Atomwaffen verfügt bzw. im Krisenfall verfügen wird – also zum einzigen Zeitpunkt, wo dieses Faktum von praktischer Relevanz ist. Leider ist auch das nicht so in der öffentlichen Diskussion angekommen, dass es zu dem gesellschaftlichen Aufschrei gekommen wäre, der nötig wäre, um die Politik zur Umkehr zu bewegen. Ein Mützenich allein macht noch keinen Sommer – leider! Ich habe ihm in dieser Sache einen Unterstützerbrief geschrieben, und ich hoffe, dass die Presseberichterstattung auch andere bewegt, sich deutlich gegen die Atombomben von Büchel zu positionieren.

Zu dieser Bewusstseinsarbeit gehört auch das **Gespräch mit den Soldaten**, dass wir - und besonders ich – während unseres Aufenthaltes in dem Fliegerhorst geführt haben. Wir, die wir fast ausnahmslos mindestens eine Generation älter waren als die Soldaten, haben diese mit unserer Auffassung konfrontiert, dass sie Unrecht tun, und dass sie das nicht im Namen unseres Gemeinwesens tun. Wir wollen nicht um jeden Preis – also nicht um den Preis der eigenen Vernichtung und um den Preis der Unbewohnbarkeit von Teilen dieser Erde – verteidigt werden. Und wir haben nun auch den Soldaten vorgeführt, dass es andere, nicht verletzend oder tödliche, Wege der Verteidigung gibt. Traurig, dass das nach den Ereignissen im November 1989 noch nötig ist, als friedlich und ohne Waffen die deutsche Einheit wieder hergestellt und der potentiell tödliche Riss durch Europa geschlossen wurde.

## Schlussplädoyer

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, Ihnen die Ernsthaftigkeit meines Anliegen deutlich gemacht zu haben. Das als erstes.

Ich hoffe auch, Sie in der Sache überzeugt zu haben: Ich stehe mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes – und leider muß ich feststellen, dass unsere Regierenden dies nicht tun: Sie bereiten einen Angriffskrieg vor, sie brechen den Atomwaffensperrvertrag und bereiten damit die massenhafte Verletzungen des Rechts auf körperliche Unversehrtheit vor. (Die Unfähigkeit, aus historischen Ereignissen zu lernen und aus dem Herbst 1989 die Konsequenz zu ziehen, dass es ohne Gewalt geht, ist dabei bedauerlich, aber nicht justiziabel.)

Ich schließe daher mit ein paar sehr deutschen Sätzen:

mit Kant: "Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne."

mit Luther: „Ich stehe hier, ich kann nicht anders.“

und mit dem Grundsatz: **Tue recht und scheue niemand!**

Das, [Anrede Richter\*in] und [Anrede Staatsanwalt/-anwältin], wünsche ich mir auch von Ihnen: dass Sie erkennen und anerkennen, dass hier der Falsche auf der Anklagebank sitzt. Nicht mich sollten Sie anklagen und verurteilen, sondern die, die auf dem falschen – moralisch, politisch, tatsächlich falschen Wege – sind.

Und wenn Sie sich dazu nicht in der Lage sehen: nun denn, dann stehe ich zu meiner Tat.